

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenwortdruck und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehonorar für Offerten und Kunststoffe beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg. 19 Jahrgang.

Donnerstag, den 8. Juli 1926.

Nr. 80.

Die Heimat ist, wo man sich gerne aufhalten, unfern wandern sieht.

Serrbilder.

Die Unterkommision der vorbereitenden Abwehrkonferenz für Heeres-, Flotten- und Luftfragen hat ihre Arbeiten beendet und sich am 2. August verabschiedet. — Die deutsche Delegation hat sich zu allen Punkten vorbehaltlich vorgebrachter Einwände erklärt. Es ist ein Umding, die schwerwiegenden Probleme durch Stimmeneinheit, wie es im Völkerbund üblich ist, entschieden zu lassen. Nicht nur Deutschland ist überstimmt worden, auch England und Amerika. Frankreich ist gelangweilt, mit Hilfe seiner Trabanten überall seinen Standpunkt durchzusetzen, wo es sich um Schwächung der deutschen Position handelt.

Was bei diesen Verhandlungen herauskam, ist wertlos, denn es handelt sich um Serrbilder der Wirklichkeit. Nach den Leitfäden der Kommission wird die Abklärung vornehmlich den Friedens- und Heeresfragen betreffen, um gerade den Ausbruch eines Krieges zu erschweren und die Möglichkeiten eines vernünftigen Eingreifens zu vergrößern. Man sagte sich, vielleicht nicht mit Unrecht, dass die Abklärung einer letzten Kräfteanstrengung des vereinigten Volkes nicht schließlich unberührt bleiben. Ein Grundgedanke, den man übrigens bei den Verhandlungen nicht beachtet hat und den wir nach dem Sinn der Verfaller Bestimmungen auch für uns geltend machen könnten, wenn er jetzt in Genf verwirklicht wird.

Diese Friedensstiftung aber ist nun sehr eigenartig angelegt worden. Man will nicht die jeweils unter den Waffen stehenden Mannschaften in Rechnung stellen, sondern nur die voll ausgebildeten, die von einem Millionenheer stets nur den ganz geringen Prozentsatz der Aufgebieten darstellen. Als man im Falle eines Kriegsausbruchs bei einjähriger Dienstzeit des Heeres nur die gerade ein Jahr Auszubehenden an die Front schicken wollte! Es ist selbstverständlich, daß Deutschland mit seinem Soldatenbestand, der unter Umständen eine ganz unvorstellbar geringe Zahl. Um das Verhältnis zu vergleichen, rechnet man die Polizei, die Jäger, Förster und militärischen Verbände zur Friedenszeit hinzu. Auf die Ausrüstung der so genannten Mannschaften wird weiter kein besonderes Gewicht gelegt. Folge: Deutschland mit seiner lächerlich geringen Armee nimmt sich in den Statistiken dieser Abwehrkonferenz als Militärmacht in den Rang aus, Frankreich mit seiner in der Welt einzig dastehenden Heeresmacht an Menschen und Material aber als ganz bescheidener, abgerüsteter Staat.

Das Prinzip, das in diesem Fall zu Deutschlands Ungunsten ausfällt, schlägt in einem anderen Fall gegen England und Amerika aus. Flottenstärken werden ein nach der Zahl der Bruttoregistertonnen bemessen, gleich, ob eine fassige Ziffer von 20.000 tons oder halbabgetakelten Panzerkreuzer darstellt oder ob eine Ziffer von 1000 tons ein ganz modernes, hochentwickeltes U-Boot-Verbindnis. Folge dieser Rechenweise: England und Amerika figurieren mit wahren Flottenriesen, die Frankreich oder Japan eine viel kleinere. Tonnenzahl garantieren, die dann unter Umständen glänzend ausgenutzt werden kann. Wenn der Völkerbund seiner militärischen Unterkommision nicht bald für ihre Bemühungen im Herkommen der Serrbilder dankt, dann müssen wohl die schwächeren Staaten die Konsequenzen ziehen, also England, Amerika und — das Reich.

Reichsbahn und Wirtschaft.

Tagung des Verwaltungsrats in Hamburg.
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn hat sich in Hamburg zu einer dreitägigen Konferenz zusammengetreten.
Die Mitglieder waren im Rathaus Gäste der Reichsbahn. Nach einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden Dr. Peterlen hielt der Vorsitzende des Verwaltungsrats Dr. Karl Friedrich von Siemens eine Rede, in der er die Aufgaben der Reichsbahn, wie sie durch das Gesetz vorgezeichnet sind, kennzeichnete. Besonders hervorzuheben ist, sein Hinweis darauf, daß die Reichsbahn alles tun muß, um der Gesamtwirtschaft

zu dienen, aber nie, um einzelnen Branchen zu einem künstlich etwas verlängerten Leben zu verhelfen.

Die Bestätigung der Wahl Dornmüllers zum Generaldirektor ist von der Reichsregierung noch immer nicht bestätigt. Bei einer Unterbrechung mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft, v. Siemens, hat Reichsminister Marx sich wieder um eine Klärung der Frage bemüht, wie in Zukunft die Mitwirkung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung bei der Entscheidung über wichtige Fragen der deutschen Reichsbahn gesichert werden kann. Die Zustimmung zur Wahl hängt von der grundsätzlichen Klärung dieser Frage ab.

Frankreichs Finanz-Arena.

Gladiator Caillaux tritt auf.
Finanzminister Caillaux ist in die Arena der Finanzen getreten. Wie ein Gladiator hatte er sich gerüstet mit Schlagworten aller Art, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Frankreichs Finanzen aber brauchen Taten.

Das Bild, das Caillaux in seiner Kammerrede in Paris von der Finanzlage entwarf, ist erschütternd. Großen Eindruck machte diese Tatsache:

„Die Vorküffe der Bank von Frankreich sind gegenwärtig fast völlig angegriffen. Das Schatzamt hat also alles in allem nur noch über etwa 15 Millionen zu verfügen. Und selbst das konnte nur dadurch erreicht werden, daß man einen Teil des Wagnisfonds veräußerte, sonst wäre die gesetzliche Höchstgrenze des Notenumlaufs bereits jetzt um fast eine Milliarde überschritten.“

Mit dem Sachverständigenbericht erklärte sich Caillaux in Grunde einverstanden. Unvermeidlich seien eine große Anleihe im Ausland, unvermeidlich seien neue Steuern. Die indirekten Steuern sollten revidiert werden. Die Mehreinnahmen sollen 2 Milliarden betragen. Um unerfreulicher was das Bild, das Caillaux von den Schulden entwarf. Die stehende Schuld ist langfristige und beträgt 154 Milliarden. Die Schuld, die schnell bezahlt werden muß, beträgt 40 Milliarden, die schwedende Schuld 92 Milliarden; im ganzen also rund 300 Milliarden. Caillaux betont dann:

Die Lage der Staatskasse ist aber prekär geworden durch die übertragene Menge kurzfristiger Verpflichtungen. So ist die Lage. Wie ist sie zu bessern? Zwei Heerestege zur Verfügung sind möglich. Die Zwangsanleihe oder die Rückzahlung. Die Sachverständigen haben einstimmig die Zwangsanleihe abgelehnt. Ich habe früher an sie gedacht, aber ich lehne sie gleichfalls ab, weil sie den Kredit des Staates schwächen würde.

Der Schrei nach Krediten.
Der Finanzminister, der mehrfach durch Fragen unterbrochen wurde, erklärte, daß ohne Kredite die Lage verzweifelt sei. Kredite erhalte Frankreich aber nur, wenn es seine Kriegsschulden fundiere und die Abkommen ratifiziere.

„Unsere Handelsschulden im Ausland“ so führte Caillaux aus, betragen 18 Milliarden 945 Millionen, für die wir vier Milliarden an Zinsen und Tilgung bezahlen müssen. Es wäre unmöglich, diese Summe weiter abzubauen, wenn das Ausland noch höher steigt, und wenn wir keine Kredite bei glücklicheren Völkern erhalten.“

Nach Schluß der Ausführungen erklärte Caillaux, daß er seinen Entwurf der Sanierung erst vorlegen werde, wenn er sein Vertrauensvotum erhalten habe.

Staatsbankgeschäfte.

Neue Gerüchte um das Hanauer Lager.
Die Gerüchte um das Hanauer Lager, das im Kautschuk-Prozess eine große Rolle spielte, wollen kein Ende nehmen. Der Neßbestand ist an eine französische Firma verkauft worden, die ihren Wechselverpflichtungen nicht nachkommen konnte. Das Hanauer Lager ist seinerzeit der Industrieverwaltungsgesellschaft zur Verwertung übertragen worden, die im Jahre 1925 die am leichtesten verkäuflichen Objekte selbst an den Mann brachte und den Neßbestand an die erwähnte französische Aktiengesellschaft Ende 1925 verkauft hat. Es wurden 80.000 Mark bezahlt und für 140.000 Mark Wechsel angedient, die jetzt nicht eingelöst wurden.
Keine Parlamentsaufsicht für die Preussische Staatsbank.

Gegenüber einer Meldung im Handelsblatt einiger Berliner Blätter unter der Überschrift „Parlamentsaufsicht für die Preussische Staatsbank“ stellt der Amtliche Preussische Pressedienst fest, daß Unterverhandlungen bei der Preussischen Staatsbank der Zustimmung des Landtags nicht bedürfen. Es handelt sich lediglich

datum, daß nach einem Beschluß des Landtags der Preussische Finanzminister die Genehmigung des Landtags einholen muß, wenn er Aktien der „Preussag“ in einem Ausmaß von über 10 Millionen Mark bei der preussischen Staatsbank verpfänden will.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 8. Juli 1926.
— Der preussische Innenminister Severing wird Mitte des Monats wieder in Berlin eintreffen, um seine Geschäfte wieder zu übernehmen.

Die Ernennung Dr. Luthers zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn hat zwischen der Reichsregierung und Preußen Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Die Preussische Regierung hätte gefordert, daß Dr. Luther die Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Arnold einnehmen soll, der als sogenanntes preussisches Verwaltungsratsmitglied im Einvernehmen mit Preußen seinerzeit gestellt war. Diese im Preussischen Landtag aufgetauchten Bedenken haben ihren Niederschlag in einer großen Anfrage der Abgg. Veinert (Soz.), Dr. Schmieding (Zentrum) und Hoff (Dem.) gefunden. Sie lautet: „Laut Zeitungsnachrichten hat die Reichsregierung als Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft in die seit 10 Monaten ererbte Stelle für die Preußen nach den getroffenen Vereinbarungen ein Vorschlagsrecht besitzt, den früheren Reichsminister Herrn Dr. Luther ernannt. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Ist diese Ernennung im Einverständnis mit der Staatsregierung erfolgt? 2. Falls nicht, welche Schritte gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um das dem Lande Preußen zustehende Recht zu wahren?“

„Amso besser!“ Reichstagspräsident Lohse hielt in Wien auf Einladung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes eine Rede über die Anschließfrage. Er machte aufmerksam auf den Widerstand, den der Anschlag bei den sogenannten Siegesparaden findet und bezeichnete diesen Widerstand als eine Intonsequenz. Man solle nur offen heraus sagen, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund diese Frage akut werde. Zu Seipels Behauptung in Paris, Oesterreich könne wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, könne man nur sagen: „Amso besser!“ Die Anschließfrage gründe sich nicht auf die Not eines Teiles des deutschen Volkes, sondern auf den freien Willen, und wenn die Oesterreichische Wirtschaft gesund sei, so sei das dem Deutschen Reich umso lieber. Wenn inzwischen alles zur beiderseitigen Angleichung Oesterreichs und Deutschlands auf kulturellem Gebiet geschehe, so werde mit der Zeit das Verbot des formellen Anschlusses so inhaltslos werden, daß die Gegner selber das Interesse daran verlieren würden.

Rundschau im Auslande.

† In Moskau hat die Nachricht von der Erhöhung der polnischen Wille starke Verwirrung verursacht.
† In Kanton ist es wegen Entlassung von ausländischen Chinesen durch englische Truppen zu Tumulten gekommen. Das englische Konsulat sollte gestürmt werden und konnte nur mit Mühe geschützt werden.
† Die polnische Regierung hat in Berlin gegen die vom Reichstag erwünschte Ausweisung polnischer Landarbeiter protestiert und mit Repressalien gedroht.
† Der amerikanische Chef der Prohibition, General Andrews, hat sein Amt niedergelegt.
† Im englischen Unterhaus ist die Kolonialfrage wieder angesprochen worden. Von verschiedenen Abgeordneten wurde Baldwin gefragt, wie es sich eigentlich mit den Ansprüchen auf Kolonien verhalte. Baldwin antwortete, daß, wenn Deutschland im Völkerbund sei, es auch Mandate haben könne.

Polnische Krawallertum.

† Warschauer Blätter zeichnen sich neuerdings wieder durch Größenwahn-Artikel aus. Der Verfaller Vertrag habe Polen Unrecht getan, schreibt ein Pilsnitzer-Blatt. Niemals werde Polen den Anspruch auf Breslau, Danzig, Königsberg etc. aufgeben. Jeder Pole müßte Soldat sein, jedes Haus eine Festung, denn es seien 4 Fronten zu verteidigen.

Polens traurige Lage.

† Der amerikanische Finanzfachverständige Prof. Kaemmerer ist mit 8 Assistenten in Warschau eingetroffen, um die Lage polens Anleihen zu unterstützen. Sein Urteil ist nicht glänzend. Eine polnische Anleihe in Amerika könne keinen Erfolg haben. Auch Anleihen zur Befestigung des Notstandes seien aussichtslos. Kaemmerer stellte unumwunden fest, daß sich Polen langsam aber sicher dem Bankrott nähert.

Am die Berufung Luthers.

Preußens Protest gegen das Reich. — Scharfe Erklärung des Ministerpräsidenten Braun im Landtag.

— Berlin, den 7. Juli 1926.

Die Ernennung des früheren Reichszensors Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrates der deutschen Reichsbahn, der als sogenannter preussischer Kommerzienrat Mitglied im Eisenbahnrat und Preußen fernseitig ernannt worden war, hat zu einem ersten Konflikt zwischen dem Reich und Preußen geführt. Es lag nämlich ein Beschlutz des preussischen Landtages und des preussischen Kabinetts vor, der die Ernennung einer anderen Persönlichkeit, eines ausserproviden anerkannten Eisenbahnsachmannes, durch die Reichsregierung selbst beinahe Jahresfrist wünschte. Die Reichsregierung und des Landtags große Entrüstung hervorgerufen, die ihren Niederschlag in einer

ersten Anfrage der Regierungsparteien

Land. Es wird darin betont, Preußen habe nach den getroffenen Vereinbarungen für die seit zehn Monaten erledigte Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft ein Vorschlagsrecht besessen. Weiter wird das Staatsministerium dem gefragt, ob die Ernennung Dr. Luthers im Einverständnis mit der preussischen Staatsregierung erfolgt sei, und falls nicht, welche Schritte die Staatsregierung zu ergreifen gedenke, um das dem Lande Preußen zustehende Recht zu wahren.

Die Anfrage kam bereits am Mittwoch im Landtag zur Beratung.

Ministerpräsident Braun

beantwortete die Anfrage sofort dahin, daß er die Rechte Preußens auf die freigewordene Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn mit aller Entschiedenheit gewahrt habe. Der Reichszensor Dr. Marx hat der preussischen Regierung fest

in einem Schreiben mitgeteilt, daß das Reichsministerium nach nochmaliger eingehender Prüfung der Reichsliste zu dem Ergebnis gekommen ist, daß ein Anspruch Preußens auf Ernennung einer Persönlichkeit für die freie Stelle nicht gegeben ist. (Hörl hört!) Dr. Luther sei daher zum Mitglied des Verwaltungsrates gewählt worden. Gerade die Wahl seiner Persönlichkeit biete volle Gewähr für die erforderliche Wahrung auch der Interessen Preußens.

Der Ministerpräsident teilte weiter mit, daß das preussische Kabinet sich mit dem Schreiben des Reichszensors beschäftigt habe und auf das lebhafteste protestiert, daß sich die Reichsregierung zu einer derartigen öffentlichen Präklariation des Landes Preußen habe entschließen können. (Zustimmung.) Die Reichsregierung habe nicht einmal den Versuch gemacht, den Reichszensurpunkt Preußens zu widerlegen und die Stelle besetzt, ohne auch nur mit der preussischen Regierung Rücksicht zu nehmen. (Hörl hört!) Die preussische Regierung werde daher zur Feststellung der Reichsliste eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes herbeiführen. (Beifall.) Die Persönlichkeit des Reichszensors a. D. Luther werde bei dieser Entscheidung der Reichsliste völlig aus. Das Vorgehen der Reichsregierung bedeute eine Rücksichtslosigkeit, die die preussische Regierung nicht erwarten konnte.

Dieses Vorgehen der Reichsregierung müsse zur Folge haben, daß die zu einer erprobten Führung der Reichs- und Staatsgeschäfte so nötige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und der Regierung des Landes, das mehr als die Hälfte des Reiches ausmacht, durch Schuld der Reichsregierung in Zukunft sehr erschwert werde. (Lebh. Zustimmung.) Die preussische Regierung teile nicht die Ansicht des Reichszensors, daß durch die Ernennung Luthers die Interessen Preußens am besten gewahrt seien. (Lebh. Beifall.)

In der Besprechung billigten sämtliche Redner die Erklärung des Ministerpräsidenten, so daß die preussische Staatsregierung sich in dieser Frage auf die Zustimmung des gesamten Landtags, also der gesamten Volkvertretung, berufen kann.

Gerade die oben angegebenen Postenzahlen beweisen, welche außerordentliche Arbeit von der Landestreditkasse geleistet worden ist. Nacheingeweihte machen sich freilich wohl nicht die entfernteste Vorstellung davon, welche Summe von Zeit und mühevoller Arbeit aller Beteiligten gerade heutzutage — angesichts der durch die Aufwertungsgeetze hervorgerufenen Umwälzung und Verworrenheit aller Grundbuchverhältnisse — erforderlich ist, um in jeder einzelnen Darlehenssache zunächst einmal einwandfreie Unterlagen zu beschaffen, auf Grund welcher die jetzigen Belastungsverhältnisse des betreffenden Besitzes (insbesondere also das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von geliehenen, wieder aufzuwertenden Rechten) festgestellt werden können, so dann um auf diesen Grundlagen der neuen Hypothek den ihr zukommenden Rang zu verschaffen. Diese Schwierigkeiten wirken sich natürlich umso mehr aus, je größer die Zahl der Darlehensposten ist, welche der Bearbeitung unterliegen. Wohl in kaum einem anderen Teile Deutschlands ist der Grundbesitz so in kleine und kleinste Teile zersplittert, wie in unserem Bezirk. Die Landestreditkasse hat es von jeher und noch heute für eine ehrenvolle Aufgabe gehalten, gerade auch

den kleineren und kleinsten Besitzern mit ihrer Kredithilfe zur Verfügung zu stehen.

Das bedingt aber — besonders bei gleichzeitigen Massenandrang zahlloser Darlehenssuchenden — selbstverständlich eine Verdichtung der zu leistenden Arbeit und eine erhebliche Verlangsamung der Abwicklung einer Kredittation. Wenn beispielsweise zwei Millionen Darlehensgeber in rund 1000 einzelne Posten zerfallen, so ist das ungefähr die zehnfache Arbeit, wie wenn dieselbe Summe in nur 100 einzelnen, entsprechend größeren Posten verteilt wird. Es ist nicht anzunehmen, daß viele andere Realkreditinstitute — selbst solche mit erheblich größerem Verwaltungsapparat als dem der Landestreditkasse — in derselben Zeit ebenso zahlreiche Einzeldarlehen herausgebracht haben — wenn auch der Gesamtbetrag des ausgetragenen Geldes angesichts der bedeutend höheren Beträge der einzelnen Darlehen vielfach größer sein mag.

Einiges soll in folgenden noch insbesondere über die Golddiskontantkredite gesagt werden, die gegenwärtig in der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Brennpunkt des Interesses stehen. Die unter den Interessenten für diese Darlehen unsichere Unruhe und Enttäuschung ist verständlich; sie sollte aber nicht dazu führen, der Landestreditkasse ungeduldet Vorwürfe zu machen, wie dies gelegentlich geschehen ist. Diese an sich gewiß sehr begrüßenswerte Aktion der Golddiskontantbank und der Deutschen Rentenbankkreditanstalt mußte schon deswegen zur Enttäuschung vieler führen, weil die Mittel, welche die Golddiskontantbank hierfür zur Verfügung stellen konnte, — sowohl der Gesamtbetrag für das ganze Reich als auch entsprechend der der Landestreditkasse zur Verteilung in Regierungsbezirk Cassel und im Freistaat Waldeck zugeleitete Betrag — feststehenbermahnen nur zur Befriedigung eines verhältnismäßig geringen Teiles der äußerst lebhaften Nachfrage ausreichen können. Der hauptsächlichste Zweck der Aktion, die

kurzfristigen, hochverzinslichen Schulden, welche die Landwirte in der Nachinflationzeit hatten aufnehmen müssen, durch langfristige Darlehen abzulösen.

und dadurch besonders auch die Personalkreditinstitute (Genossenschaften aller Art, Sparbanken usw.), welche jene Kredite gegeben hatten, zu entlasten, konnte bei dem Ausmaß der vorhandenen kurzfristigen Verschuldung von vornherein nur sehr teilweise erreicht werden. Diese Golddiskontantkredite sind des ungeachtet aber in der Öffentlichkeit durch die Presse und durch zahlreichere Organisationen bereits etwa zwei Monate, bevor Betrag zwischen der Golddiskontantbank und der Rentenbankkreditanstalt wirklich zum Abschluß gekommen war und danach den zur Vermittlung vorgesehenen Realkreditinstituten die zur Durchführung erforderlichen Anweisungen seitens der Deutschen Rentenbankkreditanstalt erteilt worden waren, in einer Weise verknüpft und erwirkt worden, durch die bei der kreditwürdigen Landwirtschaft naturgemäß der Eindruck entstehen mußte und entstanden ist,

das was heute dann die dritte Ganshalsberatung Ende und erledigte die noch ausstehenden Abstimmungen. Das Gehalt des Anwesenministers Geering wurde im März 1926 um 200 gegen 154 Stimmen bewilligt. Ganshals der Handels- und Gewerbeverwaltung fand einstimmige Annahme ein Antrag der Wirtschaftsparteien der Deutschen Reichsbahngesellschaft dahin zu wirken, das Lebensmittelhandels das Gewicht für kostenfreie mitzuführende Traalotten von 50 auf 100 Kilo erhöht wird.

Das Gehalt des Ministerpräsidenten Braun wurde einer Mehrheit von etwa 30 Stimmen bewilligt. Der Ministerpräsident der Kommission gegen das Staatsministerium wurde in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 127 Stimmen bei 20 Enthaltungen abgelehnt.

Nach dem Auftrags wurden beim Aufsatze die Träger der Wirtschaftsparteien abgelehnt.

Nach dem Auftrags und Finanzministerium wurden die Gehälter der Minister erst durch besondere Abstimmung bewilligt. In der Schlußabstimmung stimmten gegen die Abweisung des Gesamtantrages die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei, die Wirtschaftspartei und die Sozialdemokraten.

Hierauf wurde die Novelle zum Schulpfandbriefgesetz in der nach der Beratung der Kommission erforderlichen Zweidrittelmehrheit der Anwesenden angenommen, womit der Einpruch des Staatsrats hinfällig ist.

Gefährliches Strandgut.

Drei Menschen in Köln den Folgen eines toxischen Alkoholgenußes erlegen.

Am der Kölner Südbühne verunglückte ein von der Mosel kommender, mit Weinfässern beladener Dampfer, als er Anker werfen wollte, wobei er jedoch gegen den Brückenpfeiler stieß. Da das Schiff in der Mitte auseinanderbrach, trieben die Fässer, die mit insgesamt etwa 300 Liter, noch im Gärungsstadium

daß die Kredite bereits etwa um die Jahreswende, wenn falls noch vor dem Frühjahr jedem greifbar seien, und daß es nur einer Antragsstellung bedürfte, um in kürzester Zeit das Geld zu erhalten. Nicht bekannt wurde den Kreditnehmern, das aus den angekündigten Mitteln nur ein ziemlich kleiner Teil von ihnen veranschlagt werden könne, nicht bekannt auch, daß für die Abwicklung dieser Darlehen naturgemäß eine längere Zeitspanne erforderlich sein würde, nicht nur wegen des in der Öffentlichkeit späteren Beginns der und wegen des Massenandranges, sondern auch mit Rücksicht auf das sehr komplizierte, langwierige Verfahren, das den Realkreditinstituten für diese Kredite — ähnlich wie zuvor bereits bei den Krediten aus der ersten Amerikanleihe der Rentenbankkreditanstalt — von der Golddiskontantbank von der Rentenbankkreditanstalt vorgeschrieben ist. Die Bearbeitung der Darlehen nach den umfangreichen, vielfach in der Praxis schwer durchführbaren Bedingungen der Deutschen Rentenbankkreditanstalt erfordert von der Landestreditkasse schätzungsweise etwa das vierfache an Arbeit und Zeit, wie die Bearbeitung der eigenen Goldpfandbriefdarlehen der Landestreditkasse nach deren erheblich einfacheren Bedingungen. Auch sind eine Reihe der von der Deutschen Rentenbankkreditanstalt verlangten Belege und Nachweisungen regelmäßig nur mit großem Zeitverlust von den in Frage kommenden Stellen zu erhalten.

Die schwierigen Vorarbeiten, die seitens der Direktoren der Landestreditkasse zwecks gerechter Unterverteilung der Darlehensmittel auf die Abnehmerkreise

und zwecks Organisierung der vorrichtsmäßigen Abwicklung unter Einstellung ihres ganzen Apparates auf das neuartige Verfahren zu leisten waren, wurden seinerzeit dadurch erheblich erschwert und aufgehalten, daß zahlreiche Interessenten und Vertreter der einzelnen Organisationen und Abnehmerkreise bei der Direktion zur Vertretung der Interessen ihres Kreises vorstellig werden zu müssen glaubten. Es ist klar, daß infolge der oben erwähnten Unzulänglichkeit der Mittel keine der in Frage kommenden Organisationen mit dem Endegeziel der Kreditgewährung zufrieden sein wird und jede sich dabei verlust fühlen wird, der Landestreditkasse wegen unzureichender Bedeutung gerade ihrer Mitglieder vorwärts zu machen. Die Landestreditkasse hat sich aber nicht zu dem — heute wohl da und dort beliebten — Mittel verkehren können, durch bevorzugte Berücksichtigung des am lauffesten Rufenden unbenutzte Mahner zum Schwere Grundbesitz, bei der Verteilung des Geldes allen nach den Richtlinien der Rentenbankkreditanstalt in Frage kommenden Abnehmerkreisen die gleichen Möglichkeiten zu geben, nicht irt machen lassen.

Wie oben gesagt, sind bis zum 25. Juni 1926 im ganzen bereits 513 Golddiskontantdarlehen von der Landestreditkasse bewilligt, der Zahl nach sicher mehr als in irgend einem anderen preussischen Bezirke dieser Größe. Die Bearbeitung der noch vorliegenden Anträge auf diese Kredite, die seit vielen Wochen den überwiegender Teil der Arbeit der Landestreditkasse in Anspruch nimmt, wird mit allen Kräften fortgesetzt. Daß die Auszahlung der Kredite regelmäßig erst in längerem Zeitabstand der Bewilligung nachfolgt, liegt an der Langwierigkeit des im wesentlichen außerhalb des Machtbereichs der Landestreditkasse verlaufenden Weges, den die Darlehen nach ihrer Bewilligung durch die Landestreditkasse noch zu rückzuliegen haben (insbesondere Erweiterung der erforderlichen Eintragungen bei den infolge der Aufwertungsarbeiten meist sehr überlasteten Amtsgerichten und Übernahme und Genehmigung jedes einzelnen Darlehens durch den Bezirksstreuhänder der Rentenbankkreditanstalt in und den Hauptstreuhänder in Berlin).

Die Bevölkerung kann dessen gewiß sein, daß die Landestreditkasse an der weiteren Durchführung ihrer Aufgabe, Stadt und Land ihres Bezirks mit langfristigen Kredit zu angemessenen, dem wohlverstandenen Interesse des Darlehensschuldners so weit wie möglich in Rechnung tragenden Bedingungen zu versorgen, rastlos fortarbeiten wird.

Hypothekengewährung der Landestreditkasse.

Bisher rund 2000 Darlehen im Gesamtbetrag von 7,3 Millionen Mark.

Von der Direktion der Landestreditkasse wird uns geschrieben: In der Öffentlichkeit hat man sich in letzter Zeit vielfach mit der Hypothekengewährung durch die Landestreditkasse befaßt. Was darüber in Versammlungen oder in der Presse gesagt worden ist, war leider vielfach von wenig Sachkenntnis getragen. Die Direktion der Landestreditkasse vermag sich gegenüber derartigen Erörterungen nicht in eine Debatte einzulassen; dazu ist sie durch ihre dem Interesse des Landes dienende Arbeit viel zu sehr in Anspruch genommen. Wenn sie sich auch im Regelfalle deswegen selbst die Richtigstellung irreführender Äußerungen verlagern muß, so möchte sie doch, mehrfach an sie herangetretenen Anregungen folgend, einmal Gelegenheit nehmen, die Öffentlichkeit durch Unterbreitung einigen Tatsachenmaterials über die tatsächlich von der Landestreditkasse in den vergangenen Monaten auf diesem Gebiet geleistete Arbeit zu unterrichten.

Es soll hier nicht mehr auf die großen Schwierigkeiten eingegangen werden, welches die Landestreditkasse besonders bei der Wiedereinleitung ihres seit dem Ende der Inflationszeit unterbrochenen Hypothekengeschäftes zu überwinden hatte und zu deren ersten — abgesehen von der Umwälzung aller Grundbuchverhältnisse durch das Aufwertungsgezet — der Umfang gehörte, daß das übergeordnete Ministerium plötzlich das von ihm bisher — in etwa 100 Jahren Betätigungstätigkeit der Landestreditkasse — nie geltend gemachte Recht für sich in Anspruch nahm, die zur Beschaffung des auszuliehenden Geldes nach der Säugung der Landestreditkasse erforderliche Ausgabe von Landestreditkassen-Schuldverschreibungen oder Pfandbriefen seinerseits zu genehmigen, und daß die Direktion der Landestreditkasse die von ihr (unter grundsätzlicher Wahrung ihres gegenteiligen Standpunktes) daraufhin nachgesuchte ministerielle Genehmigung zur Ausgabe von achtprozentigen Goldpfandbriefen erst nach monatelangen Bemühungen im Februar 1926 zu erhalten vermochte. Diese Schwierigkeiten sind jetzt im wesentlichen überwunden, und inzwischen hat die Landestreditkasse in ununterbrochener, angepanntester Arbeit aller ihrer Beamten und Dienststellen — und obwohl sie auch noch durch andere Aufgaben erheblich in Anspruch genommen war — Hypotheken für Stadt und Land ihres Bezirkes in stattlicher Zahl herausgebracht. Die Mittel hierzu wurden teils der eigenen Goldpfandbriefanleihe der Landestreditkasse entnommen, teils den Geldern, welche die Deutsche Rentenbankkreditanstalt in Berlin aus ihrer ersten Amerikanleihe und später aus der Golddiskontantleihe der Landestreditkasse zugeteilt hat und welche ausgegahlt werden gegen Hypothek, die bei der Landestreditkasse aufgenommen, auf deren Namen eingetragen und von ihr alsdann an die Rentenbankkreditanstalt weiterverpfändet werden.

In der Zeit vom November 1925 bis zum 25. Juni 1926 hat die Landestreditkasse insgesamt 1919 hypothetische Darlehen im Gesamtbetrag von 7.347.400 Goldmark bewilligt.

Darunter entfallen 266 Darlehen im Betrag von 1.666.000 Goldmark auf die erste Amerikanleihe der Rentenbankkreditanstalt, 1140 Stück im Betrag von 3.629.700 Goldmark auf die Goldpfandbriefanleihe der Landestreditkasse und 513 Stück im Betrag von 2.051.700 Goldmark auf die Golddiskontantleihe der Rentenbankkreditanstalt.

Die Bearbeitung der darüber hinaus noch vorliegenden zahlreichen Darlehensanträge wird mit größtmöglicher Beschleunigung fortgesetzt. Hunderte von Anträgen, die — meist wegen Ergänzungsbedürftigkeit der Unterlagen — noch nicht bewilligt sind, sind bereits weitergehend bearbeitet und stehen kurz vor der Bewilligung.

Mit diesen Zahlen kann die Landestreditkasse den Vergleich mit jedem andern Realkreditinstitut gut bestehen.

Leben Geschiedenen nicht Heinrich sondern Friedrich Jakob heißen muß.

Wanfried. Einem hiesigen Mädchen, das für seine Herrschaft im Schierbäckswald Heidelbeeren gepflückt hatte, wurden diese von einem Manne, der einen abgetragenen, selbigen Rod trug, mit dem Bemerkten erschlagungslos „entzogen“, sie können wieder andere pflücken.

Cassel. Eine Frau aus der Volksgasse ist vorgestern unter entsetzlichen Qualen gestorben. Sie hatte nach dem Genuß von Gurkensalat Wasser getrunken. Auch vor dem Wasserkontakten nach Rischensessen ist zu warnen. Ganz besonders gilt das für Kinder.

Hann-Münden. Hier suchte und fand gestern in einem Anfall von Schwermut die Ehefrau eines Eisenbahnwerkmeisters den Tod in der Werra. Ihr Körper wurde von Vorübergehenden noch eine ganze Weile auf dem Wasser treibend gesehen, bis er bei der Blümersbrücke in den Fluten verschwand. Die Unglückliche trug schon seit einiger Zeit Zeichen von Trübsinn zur Schau und äußerte dabei die Absicht, ins Wasser zu gehen. Ihre Leiche ist bisher nicht geborgen worden.

Hohenkirchen. Als sich die Eheleute Burckhardt auf dem Festplatze befanden, haben die Gelegenheit benutzt, einen größeren Geldbetrag zu entwenden. Verunglückter, die in der gleichen Schublade sich befanden, blieben liegen. Da die Türen und Fenster verschlossen waren, mußte der Dieb vermittelst eines Nachschlüssels die Türen aufgeschlossen haben.

Julda. In der Gemeinde Petersberg, als Eingangspforte zur Rhön, geht eine neue, sehr geräumige Jugendherberge ihrer Vollendung entgegen. Die wandernde Jugend findet hier eine nette Bleibe und alkoholfreie Getränke. Das neue massiv erbaute große Heim macht auch von außen einen recht netten Eindruck. Gleichzeitig findet in diesem Gebäude auch der Turnverein Petersberg Raum zur Abhaltung seiner regelmäßigen Turnstunden. Ferner dient das Gebäude als Schulsaal. Zu den Herstellungskosten steuerten in erster Linie die Jugendpflege des Kreises Julda und das Jugendamt größere Mittel bei, auch der Turnverein Petersberg trägt einen Teil der Kosten. Erd- etc. Arbeiten wurden durch die produktive Erwerbslosenfürsorge ausgeführt.



Dr. Josef Wirth
in die Zentrumsfraktion des Reichstags angekündigt.

Schlussdienst.

Obertschwiegerjohn Kraiverrecht. Der Reichs-Appellhof hat in der Berufungssache des Altalters des Auswärtigen Amtes, Dr. Wilhelm Jaenicke, das Urteil gefällt. Das Gericht erbielt in dem Vorgehen des Altalters eine schwere Verletzung in dem Vorgehen des Straßverzeugs und auf eine Geldstrafe in Höhe eines Drittels des Monatsgehältes zu erkennen sei. Bekanntlich hatte sich Jaenicke seinerzeit darüber erregt, daß Hindenburg Reichspräsident wurde und hat eine entsprechende Eintragung in ein Fremdenbuch gemacht.

Deutsche Volkspartei und Arbeitsgemeinschaft.
— Berlin, 8. Juli. Die parteioffizielle Korrespondenz der Deutschen Volkspartei beschäftigt sich in ihrer längeren Erklärung mit der Anregung der Arbeitsgemeinschaft im Preussischen Staatsrat, in allen Elementen und Körperchaften zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der staatsbehaltenden Parteien zu werden und bemerkt dazu, daß eine Stellungnahme durch die berufenen Instanzen der Deutschen Volkspartei zur Zeit nicht möglich ist, da Fraktion und Partei-Verband in Berlin nicht versammelt sind. Ohne der offiziellen Entscheidung vorzugreifen, werde man vor allem darauf hinweisen müssen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien, von denen die eine in der Regierung, die andere in der Opposition sich befindet, praktisch nicht möglich sei. Bevor man daher den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit zwischen Deutsch-nationaler Partei und Deutscher Volkspartei überlegen erwägen könne, müßte diese Divergenz beseitigt sein.

Neue Gewitterkatastrophe in Sachsen.
— Dresden, 8. Juli. Die Gegend von Bischofs-Weitz ist von einer neuen, furchterlichen Gewitterkatastrophe betroffen worden, wie sie in dieser Gegend seit dem Jahre 1870 nicht mehr zu beobachten war. Ungemein schwer hat die Gemeinde Weitz zu leiden. Eine große Menge Kleinvieh ist durch den Hagel mit jorgeschüttet worden. Der ganze Ort ist entsetzliche Verheerungen auf. Die Viehweidenanlagen von Weitz-Thumitz sind gänzlich zerstört.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 8. 7. 1926.

Die Wetterlage. Der Frankfurter Wet terdienst hat heute, daß sich die in westlicher bis östlicher Richtung über Deutschland erstreckende Tiefdruckrinne südwärts verschieben und insoweit größeren Einfluß auf unsere Wetterlage gewinnt, so daß weiterhin mit schwachen Teilwolkungen zu rechnen ist.

Wiesfle. Nächsten Sonntag, den 11. Juli d. Jz., wird in unserer Gemeinde ein kirchliches Jugendfest statt finden. Die ganze männliche und weibliche Jugend des Kirchentums sind eingeladen. Schon vormittags 9 Uhr wird der Kreisjugendpfarrer Neuter aus Dagobertshausen in Dersfeld, 11 Uhr in Wiesfle Jugendgottesdienst abhalten. Nachmittags 3 Uhr findet bei schönem Wetter die Jugendfeier im Freien statt. Ansprachen halten hierbei Herr Pfarrer Schmitt, Pfarrer Scheffer zu Hephata und Herr Gemeindevorstand. Außerdem werden mitwirken Spangenberg und die Wälderhöde zu Spangenberg, Wiesfle, Dagobertshausen, Binsförth und Heinebach. Die Jugendfeier wird in der flatterhaften Leichtlebigkeit und Vergnügungsart unserer Gärten Zeit nun solche Feste wohl. Darum möge die Jugend: Auf nach Wiesfle!
— Die in letzter Nummer gebrachte Notiz müssen wir berichtigen, daß der Vorname des so jäch aus dem

Leben Geschiedenen nicht Heinrich sondern Friedrich Jakob heißen muß.

Wanfried. Einem hiesigen Mädchen, das für seine Herrschaft im Schierbäckswald Heidelbeeren gepflückt hatte, wurden diese von einem Manne, der einen abgetragenen, selbigen Rod trug, mit dem Bemerkten erschlagungslos „entzogen“, sie können wieder andere pflücken.

Cassel. Eine Frau aus der Volksgasse ist vorgestern unter entsetzlichen Qualen gestorben. Sie hatte nach dem Genuß von Gurkensalat Wasser getrunken. Auch vor dem Wasserkontakten nach Rischensessen ist zu warnen. Ganz besonders gilt das für Kinder.

Hann-Münden. Hier suchte und fand gestern in einem Anfall von Schwermut die Ehefrau eines Eisenbahnwerkmeisters den Tod in der Werra. Ihr Körper wurde von Vorübergehenden noch eine ganze Weile auf dem Wasser treibend gesehen, bis er bei der Blümersbrücke in den Fluten verschwand. Die Unglückliche trug schon seit einiger Zeit Zeichen von Trübsinn zur Schau und äußerte dabei die Absicht, ins Wasser zu gehen. Ihre Leiche ist bisher nicht geborgen worden.

Hohenkirchen. Als sich die Eheleute Burckhardt auf dem Festplatze befanden, haben die Gelegenheit benutzt, einen größeren Geldbetrag zu entwenden. Verunglückter, die in der gleichen Schublade sich befanden, blieben liegen. Da die Türen und Fenster verschlossen waren, mußte der Dieb vermittelst eines Nachschlüssels die Türen aufgeschlossen haben.

Julda. In der Gemeinde Petersberg, als Eingangspforte zur Rhön, geht eine neue, sehr geräumige Jugendherberge ihrer Vollendung entgegen. Die wandernde Jugend findet hier eine nette Bleibe und alkoholfreie Getränke. Das neue massiv erbaute große Heim macht auch von außen einen recht netten Eindruck. Gleichzeitig findet in diesem Gebäude auch der Turnverein Petersberg Raum zur Abhaltung seiner regelmäßigen Turnstunden. Ferner dient das Gebäude als Schulsaal. Zu den Herstellungskosten steuerten in erster Linie die Jugendpflege des Kreises Julda und das Jugendamt größere Mittel bei, auch der Turnverein Petersberg trägt einen Teil der Kosten. Erd- etc. Arbeiten wurden durch die produktive Erwerbslosenfürsorge ausgeführt.

Aus Stadt und Land.

Von einem Geldschrank erschlagen wurde ein Transport in Berlin ein Arbeiter aus der Landstraße. Der Verunglückte wurde mit gebrochener Wirbelsäule unter dem dreißig Jährigen schweren Geldschrank hervorgezogen. Man brachte den Verunglückten in hoffnungslosem Zustand in die Klinik.

Autiziers Verfinden verschlechtert sich wieder. Der Zustand Jwan Autiziers in der Berliner Charité hat sich erneut verschlechtert. Es wird ein Wiederanfragen der Lungenerkrankung befürchtet. Außerdem ist infolge Herzschwäche eine Blasenlähmung eingetreten. Aus diesem Grunde kommt nach Ansicht der Ärzte eine Ueberführung Autiziers in das Untersuchungsgefängnis Moabit vorläufig nicht in Betracht.

Berlins Fremdenverkehr. Im vorigen Monat wurde Berlin von insgesamt 133 081 Fremden besucht, gegenüber 122 196 Fremden im Monat Mai. Unter den Fremden im Monat Juni befanden sich insgesamt 16 244 ausländische Besucher. Die meisten Ausländer, die nach der deutschen Reichshauptstadt kamen, waren Amerikaner.

Wie Goldschmieds Töchterchen die Aussteuer wiederbetam. Vor kurzem wurde in die Wohnung eines Berliner Goldschmiedes, der mit seiner Familie verheiratet war, ein Einbruch verübt, bei dem die Diebsteher die gesamte Wäsche und Silberaussteuer der Tochter des Hauses entwendeten. Beamten der Kriminalpolizei fiel nun letzter Tage auf einem Streifen eine weibliche Person auf, die wertvolle Brillantohrringe trug. Das Mädchen gab zu, daß es die Ohrringe von einem Freunde geschenkt erhalten hatte. Auch andere Mädchen hatten von dem Raube Vorteil gehabt. Die Nachforschungen in den Wohnungen förderten fast die ganze gestohlene Aussteuer zutage, nur wenige Gegenstände waren inzwischen verkauft worden. Zwei 25jährige „Gelegenheitsarbeiter“ wurden als Täter festgenommen.

Die Berliner Jugend lernt schwimmen. In diesem Jahre werden jetzt zum ersten Male in den Berliner städtischen Schwimmbädern und in verschiedenen Privat- und Freibädern Ferienkurse im Schwimmen für die Schulljugend abgehalten. Die Teilnahme an diesen Kursen, die sich auf vier Wochen erstrecken und völlig kostenfrei sind, setzt das Einverständnis der Eltern und des Schularztes voraus.

Schweres Kohlenäure-unglück. Im Kühlraum einer Berliner Großschlächterei strömte plötzlich aus einer Kältemaschine aus unbekannter Ursache Kohlenäure in großer Menge aus. Dabei wurde ein 52 Jahre alter Maschinist vergiftet und getötet. Fünf Angestellte, die den toten Maschinisten borgen, brachen infolge schwerer Betäubung benommen zusammen. Die sofort alarmierte Feuerwehr unternahm Wiederbelebungsvorkehrungen, die bei sämtlichen fünf Angestellten von Erfolg besetzt waren.

17 teuren Sohlen über Nacht. Ein aus Ragnit (Pommern) stammender Tuchfabrikant war vor mehreren Jahren nach Amerika ausgewandert, wo es ihm gelang, ein Millionenvermögen aufzubauen. Von wenigen Tagen ist nun der Millionär gestorben. Der größten Teil seines Vermögens hat er seinen in Rummelsburg in dürftigen Verhältnissen lebenden Verwandten hinterlassen.

Was ein Menschenmagen barg. In Frankfurt (Main) mußte dieser Tage ein Mann, der an fortgeschrittenen Magenbeschwerden litt, einer Operation unterzogen werden. Dabei entdeckte man in seinem Ma-

gen nicht weniger als 1273 Steinnadeln, 233 Drahtnadeln, eine Kette von zwei Meter Länge, eine Unmenge Glasplitter und 15 Münzen. Der Mann mit diesem Menschenmagen hatte sich vor Jahren für die Fremdenlegion anwerben lassen. In Marokko hatte er alle diese Gegenstände verstreut, um seinem Leben ein Ende zu machen.

Wetter Verlauf einer Autofahrt. Nach einer Meldung aus Saarbrücken versagte bei Gerwiesler, unweit der französischen Grenze, an dem mit vier Herren besetzten Wagen eines Wandgästigen aus Saarbrücken plötzlich in voller Fahrt die Steuerung. Der Wagen wurde gegen die Straßeneinfassung geschleudert und zertrümmert. Einer der Insassen erlitt einen Schädelbruch und starb sofort, daß der weitere Wilsfahrer trugen erhebliche Verletzungen davon.

Schlimmes Versehen eines Jagdausschüßers. In Welt (Hannover) lag ein Jagdausschüßer bei einem Pirschgang plötzlich etwas Welkes an einem Hebrain. Im Glauben, es handle sich um eine wilde Ente, gab der Ausschüßer einen Schuß ab. Statt der vermeintlichen Ente traf er jedoch einen siebenzehnjährigen Schloffer, der sich am Hebrain ausgeruht hatte. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Schloffer noch vor der Entlassung ins Krankenhaus seinen Geist aufgab.

Erdbeben in der Steiermark. In Mürzzuschlag, Steiermark wurde ein ziemlich starkes Erdbeben wahrgenommen. Die Erdbeben waren ungemein heftig und von explosionsartigem Getöse begleitet. Raun ein Gebäude blieb verschont.

Das Matternhorn ist nach einer Meldung aus Basel vor einigen Tagen zum ersten Male in diesem Jahre von drei Deutschen, Otto Jachinski aus Jena, mit zwei Führern unter sehr schwierigen Verhältnissen von Bern aus bestiegen worden.

Angenehme Verwicklungen in Jugoslawien. Nach einer Meldung aus Belgrad sind nach amtlichen Feststellungen bei dem Unwetter in Nißh 57 Häuser hoch Boden wurden die Saaten gänzlich vernichtet. Man schätzt den Schaden auf anderthalb Milliarden Dinaren. Bei Branja wurden drei Personen vom Blitz getötet.

Aufdeckung eines Niesenschwindels. Der Direktor einer großen Industrie-Gesellschaft in Toulon, der auch Vorsitzender des Handelsgerichtes und Mitglied des staatlichen Ausgleichsausschusses war, ist unter der Beschuldigung der Entwendung von Staatsvermögen und des wiederholten Steuerbetruges festgenommen worden. Der Staat soll um etwa 80 Millionen geschädigt worden sein.

Attentat auf den Weltflieger Cobham. Wie aus London berichtet wird, haben die Araber auf den englischen Weltflieger Allan Cobham, der sich augenblicklich auf einem Flug von London nach Australien befindet, ein Attentat verübt. Als sich Cobham über Basra an der Tigrismündung befand, wurde seine Flugmaschine heftig beschossen. Sein Mechaniker Elliot wurde schwer verwundet, außerdem wurde der Motor beschädigt. Elliot ist nach einer Meldung aus Basra seinen schweren Verletzungen erlegen. Es ist angeblich einwandfrei festgestellt, daß sowohl die Beschädigungen des Motors wie auch die Verwundungen des Mechanikers von Gewehr- schüssen herrühren. Man zweifelt in London nicht daran, daß die Schüsse von Arabern herrühren, die auf den englischen Weltflieger ein Attentat beabsichtigten.

Amerikanische Geschäftstüchtigkeit. Das Alkoholverbot in Amerika treibt wunderliche Blüten. Da man in Sandusky im Staate Ohio die großen Feststoffkasser nicht mehr zu früheren Zwecken braucht, hat ein findiger Unternehmer in die Seitenwände Fenster eingebaut und vermietet nun eine „Reihenstraße“ von dreißig Weinfässern außer Dienst als — Sommerhäuser. Die Nachfrage ist ganz ungeheuer. Auf diese Weise können die geplagten Amerikaner wenigstens nachträglich noch das Aroma guten alten Weines genießen. Die Häuser sind mit elektrischem Lichte, Wasserleitung und allen sonstigen neuzeitlichen Bequemlichkeiten versehen.

kleine Nachrichten.

* Nur 50 Jahre alt, ist der bekannte Berliner Brauereibesitzer Julius E. Bölow in einer Privatklinik einem Verleiden erlegen.

* Bei einer Prügelei in einem Hause der Banaldstraße in Berlin wurde ein völlig unbeteiligter, 50 jähriger Zimmermann erschlagen.

* In einem Hause der Waldemarstraße in Berlin ist eine Frau von ihrer Nachbarin im Verlaufe eines Streites durch einen Stich in die Lunge lebensgefährlich verletzt worden.

* Professor Alim Forster, der von 1869 bis 1924 das Ordinariat für Physik an der Universität Bern innehatte, ist im 88. Lebensjahre gestorben.

* Nach einer Meldung aus Oslo berechnet man den Reingewinn der letzten Amundsen-Expedition (Kilm- und Rudantatenen miteingerechnet) auf 200 000 Kronen.

Hörbilder im Rundfunk.

Hinter den Kulissen des Radiohörspiels hat die Berliner Funkstunde damit begonnen, die Radioteilnehmer auch in diesem Sommer durch die allgemein so beliebten Hörbilder zu unterhalten. Das erste diesjährige Hörbild unter dem Titel „Was ein Berliner Hof erzählt“ widmete sich in überaus glücklicher Weise ab, daß man mit gesteigerter Vorfreude, entgegensteht.

Das Hörbild führte in die Höhe einer großen Mietkaserne, hochoben im Weddingviertel. Alles, was bis in die fündende Nacht hinein in unaufhaltam wechselnder Folge abzuspielen pflegt, Menschenleid, und lebensbejahender Humor, — das alles quirlte in mannigfaltiger Folge durcheinander. Nicht flug wurde rechtzeitig auch ein Frühchen in die Quader

